

Bericht: Jörg Haufe (24.11.2016)

## **Die gefährlichen Expansionsbestrebungen der Europäischen Union**

Wer sich in Europa umschaute stellt relativ schnell fest, dass sich die Begeisterung für eine EU im jetzigen Zustand sehr in Grenzen hält. Die Briten sind so gut wie raus und andere Länder streben ebenfalls Referenden über den Verbleib in der EU an.

Jubel und Lob kommt allenfalls aus den Ländern der sogenannten Beitrittskandidaten. Das sind momentan Ukraine, Moldawien, Georgien, Montenegro, sowie Bosnien-Herzegowina.

Besonders die Jugend dieser Länder träumt vom Wohlstand westlicher Prägung. Wie der dann aussieht, kann wohl jeder am traurigen Beispiel der Ukraine erkennen.

Wer nun allerdings denkt, dass die EU-Erweiterungsstrategen ein wenig Selbstkritik üben und in Zukunft bei der Ausdehnung ihres Imperiums andere Interessen mehr berücksichtigen, der irrt gewaltig.

Jüngstes Beispiel ist Bosnien-Herzegowina.

In diesem ethnisch gemischten Vielvölkerstaat entschied sich die serbische Teilrepublik vor einigen Wochen in einem Referendum für die Beibehaltung eines rein serbischen Feiertages und für eine Ausweitung der Autonomie. Die große Mehrheit stimmte dafür und umgehend drohte die EU-Kommission, in herrischem Ton der serbischen Teilrepublik Sanktionen an, sollte diese weitere Schritte unternehmen, die zu einer Abspaltung führen.

Da sich die Teilrepublik wirtschaftlich und kulturell dem serbischen Mutterland zugehörig fühlt und auch seine Fühler nach Russland ausstreckt, ist sie den EU-Technokraten ein Dorn im Auge.

Als vor einiger Zeit die Briten der europäischen „Wertegemeinschaft“ Lebewohl sagten, äußerte sich unser „Stinkefingersiggi“ dazu wie folgt: "Nun sollten wir aber den Schotten, die mehrheitlich für den Verbleib in der EU sind, ein Recht auf Selbstbestimmung einräumen und ihnen die Tür zu Europa nicht zuschlagen."

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker nach UN Carta, Absatz 1. für Menschenrechte gilt anscheinend nur, wenn es der EU Kommission geopolitisch in den Kram passt.

Hier zeigte sich wieder einmal aufs Neue der Zynismus und die Verlogenheit der EU-Führungsclique.

Gleiches gilt für Moldawien, wo seit Monaten schwere Unruhen herrschen. Wie vor 3 Jahren in der Ukraine, lehnt sich das Volk gegen ein korruptes Regime auf. Da dieses aber pro-europäisch ist, die Bevölkerung aber inzwischen mehrheitlich zu Russland tendiert, schweigen unsere Systemmedien darüber.

Doch nicht nur das. Sollte Moldawien, das zwischen Rumänien und der Ukraine liegt und in dem eine große russische Minderheit lebt, tatsächlich der EU und der Nato beitreten, würde dies wohl das Pulverfass zum explodieren bringen.

Von ihren Zielen abbringen dürfte es die Herren Schulz, Juncker, Tusk kaum. Die Hauptsache ist, dass die potenziellen Absatzmärkte gesichert sind. Darüber hinaus können sich europäische Konzerne über einen massiven Zuwachs billiger Arbeitskräfte freuen. Auch beim Thema Menschenrechte misst die EU-Führungsmannschaft mit zweierlei Maß.

Während man bei belanglosen Dingen mit dem Finger auf Ungarn und die *Visegrád*-Staaten zeigt, wird dagegen über grobes Unrecht geschwiegen. Bestes Beispiel sind die baltische Staaten.

Die russische Minderheit, welche in Lettland und Estland gut 30% der Bevölkerung stellt, ist seit der Unabhängigkeit 1991 schweren Repressalien ausgesetzt.

Ein Großteil ist staatenlos und Bürger 2. Klasse.

In Ländern mit EU-kritischen Regierungen würden derartige Zustände sofort Sanktionen hervorrufen.

Nicht aber in den folgsamen EU-Staaten des Baltikums.

Schließlich sind diese ein Bollwerk gegen Putins Imperium.

Jörg Haufe für Bürgerforum Südbrandenburg